



Stadt Kamen

Niederschrift

GB

über die
2. Sitzung des Gleichstellungsbeirates
am Mittwoch, dem 13.06.2012
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:15 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Astrid Gube
Frau Petra Hartig
Frau Renate Jung
Frau Annette Mann
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat
Herr Silvester Runde

CDU

Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Katharina Werning

FDP

Frau Dagmar Rothmann
Herr David Thomas Karnas

DIE LINKE / GAL

Frau Maria-Rosa Groer

Sachverständige gem. Beschluss des Rates der Stadt Kamen

Frau Ingrid Bollmann
Frau Monika Firnrohr
Frau Jutta Karrasch
Frau Margarete Knöpper
Frau Ingrid Kollmeier
Frau Karin Schwerdtfeger

Verwaltung

Frau Martina Grothaus

Gäste

Frau Maria Tschaut

Entschuldigt fehlten

Herr Dirk Ebbinghaus

Frau Sarah Fischer

Frau Sevda Özdemir

Frau Bettina Werning

Vor Einstieg in die Tagesordnung verwies die Vorsitzende, Frau **Hartig**, auf die Diskussion in der Sitzung des Rates am 24.05.2012 und machte, um Irritationen bei den Beiratsmitgliedern zu vermeiden, deutlich, dass der Gleichstellungsbeirat nicht abgeschafft werde. Der Beirat bleibe ein eigenständiges Gremium um auch zukünftig Gelegenheit zu haben, gleichstellungsrelevante Themen ausführlich behandeln und auch mit den im Beirat vertretenen Gruppen diskutieren zu können.

Frau **Gerdes** und Herr **Karnas** erwiderten, dass ihre Fraktionen den Beirat nicht haben abschaffen sondern anderen Ausschüssen zuordnen wollen.

Die Vorsitzende des Gleichstellungsbeirates, Frau **Hartig**, eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung und begrüßte die Anwesenden.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Vorstellung der Frauen- und Genderpolitik der Gewerkschaft ver.di Bericht: Maria Tschaut, Abteilung Frauen- und Gleichstellungspolitik, ver.di Landesbezirk NRW	
2	21. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen vom 22. – 24. April 2012 in Düsseldorf Bericht der Verwaltung	
3	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Vorstellung der Frauen- und Genderpolitik der Gewerkschaft ver.di
Bericht: Maria Tschaut, Abteilung Frauen- und Gleichstellungspolitik, ver.di
Landesbezirk NRW

Frau **Tschaut** stellte die Arbeitsschwerpunkte der ver.di Frauen- und Gleichstellungspolitik für die Jahre 2011 – 2015 vor. Der Vortrag ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Die Auswahl dieser Schwerpunkte sei aufgrund des 1. Gleichstellungsberichtes der Bundesregierung getroffen worden. Mit Blick auf die Lebensverlaufsperspektive von Männern und Frauen stelle ver.di Frauenarbeitsplätze und Arbeitszeiten auf den Prüfstand. Dabei werde auf die Themen Altersarmut und Entgeltgleichheit ein besonderer Focus gelegt, denn insbesondere die Entgeltgleichheit stelle einen Meilenstein in der Ungleichheit von Frauen und Männern dar. Ziel ihrer Gewerkschaft sei es, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit zu erreichen. Sie betonte, dass der gesellschaftliche Blick mehr auf die Wertigkeit von Berufen gerichtet werden müsse, wobei sie insbesondere auf die Geringschätzung sozialer Berufe verwies. In diesem Zusammenhang erklärte sie, dass auch ver.di sich bislang noch nicht genügend um Diskriminierungen in eigenen Tarifverträgen gekümmert habe. Zwar werde das Thema seit 15 Jahren diskutiert, eine Fülle an Broschüren sei ebenfalls erstellt worden, konkrete Erfolge könnten aber diesbezüglich nicht vorgewiesen werden. Das Thema werde jetzt verstärkt angegangen. Im vergangenen Jahr habe es mehrere Fortbildungen für Personal- und Betriebsräte sowie Gleichstellungsbeauftragte zu dem Themenkomplex „Gerechte Vergütung im öffentlichen Dienst“ gegeben, u.a. inwieweit das „eg-check-Verfahren“ Entgeltgleichheit sicher stellen kann. Für 2013 seien hierzu weitere Seminare vorgesehen. Dabei gehe es um gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit.

Aktuell komme wieder mehr Bewegung in beide Tarifpartner, die durch die größere öffentliche Aufmerksamkeit gezwungen seien, Tarifverträge zu überprüfen.

Abschließend ging Frau Tschaut auf die Niedriglohnbeschäftigung als ein wesentlicher Faktor für Altersarmut ein. 64,8 % der hier Beschäftigten seien Frauen. Im Niedriglohnsektor werde durchschnittlich 45 Stunden in der Woche gearbeitet, $\frac{1}{4}$ der Beschäftigten arbeite sogar über 50 Stunden, um ein notwendiges Einkommen zu erzielen. Alle wissenschaftlichen Analysen seien sich einig, dass die Frauenerwerbstätigkeit zwar zugenommen habe, diese Zunahme aber ausschließlich auf dem Teilzeitarbeitsmarkt stattgefunden habe. Das Arbeitsvolumen von Frauen insgesamt sei nicht gestiegen. Die geringfügige Beschäftigung habe als Brückenfunktion in reguläre Beschäftigung versagt. Sie gab zu bedenken, ob nicht intensiver über Arbeitszeitmodelle nachgedacht werden müsse, damit Männer und Frauen in bestimmten Lebensphasen ihre Arbeitszeit egalitär aufteilen können. Hier seien auch Betriebe und Unternehmen aufgefordert über eine neue Arbeitszeit-Kultur nachzudenken. Aus ihrer Sicht sei es unabdingbar, das Teilzeit- und Befristungsgesetz dahingehend zu verändern, dass nach der Teilzeitbeschäftigung ein Anspruch auf Vollzeitarbeit besteht. Die Arbeitsmarktpolitik müsse auch auf Veränderungen im männlichen Lebenslauf reagieren. Sie betonte erneut, dass im Mittelpunkt der Gleichstellungspolitik die Entgeltgleichheit stehen müsse, denn nur so könne die Voraussetzung geschaffen werden, traditionellem Verhalten vorzubeugen.

Auf großen Widerspruch stieß bei den Beiratsmitgliedern die Aussage von Herrn **Karnas**, der Frauen in Partnerschaften als Zuverdienerinnen sah.

Frau **Mann** stimmte den Aussagen von Frau Tschaut, insbesondere zur Entgeltgleichheit, zu. In vielen Köpfen sei die Bedeutung dieser Ungleichbehandlung noch nicht angekommen. Sie begrüßte deshalb den Entwurf eines Entgeltgleichheitsgesetzes, den die SPD- Bundestagsfraktion auf den Weg gebracht habe, um der Lohndiskriminierung von Frauen entgegenzuwirken. Mit dem traditionellen Bild - der Mann als Alleinverdiener und die Frau als Zuverdienerin - seien heute sowohl Frauen als auch Männer nicht mehr einverstanden. Frau Mann wies daraufhin, dass diese gesellschaftlichen Veränderungen bereits in der neueren Gesetzgebung ihren Niederschlag gefunden haben, z.B. im Unterhaltsrecht. Es werde davon ausgegangen, dass Frauen genauso wie Männer selbst für ihren Unterhalt verantwortlich sind.

Frau **Groer** wünschte sich gesetzliche Regelungen, um den Umgang von Arbeitgebern mit Mehrarbeit und Überstunden entgegenzuwirken und mehr Festeinstellungen zu erreichen. Sie wies auf die hohe psychische Belastung der Beschäftigten mit befristeten Verträgen hin.

Zu TOP 2.

21. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen vom 22. – 24. April 2012 in Düsseldorf
Bericht der Verwaltung

Frau **Grothaus** berichtete von ihrer Teilnahme an der 21. Bundeskonferenz am 23. und 24. April in Düsseldorf. Die Konferenz stand unter dem Motto „Frauen und Männer: Gleiche Chancen!“. Im Mittelpunkt stand der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Workshops gab es zu den Themenfeldern „Unbezahlte gesellschaftliche Arbeit, „Weitere Möglichkeiten zur Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen“ sowie „Emanzipatorische Männerarbeit“. Fazit des Forums zum Thema Männerarbeit sei die Forderung an die Politik, die Männerrolle neu zu definieren, da Männer heute ein anderes Bild von sich und ihrer Rolle haben. Auch Männer wollen Familie und Beruf zusammenbringen.

Zur Frauenquote habe die Präsidentin der „European Womens Lobby“ vorgetragen, berichtete Frau Grothaus weiter. Es sei deutlich geworden, dass die EU, sollte die Bundesregierung diesbezüglich nicht aktiv werden, selber handeln werde. Die EU-Kommissarin Viviane Reding beabsichtige eine europaweite gesetzliche Quote einzuführen. Die EU-Kommissarin sei der Auffassung, zu wenige Frauen in Führungspositionen schaden der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen.

Abschließend verlas Frau Grothaus einen offenen Brief an die Ministerin Kristina Schröder zu ihrem Buch „Danke, emanzipiert sind wir selber!“, den die Bundeskonferenz an die Ministerin geschickt hat.

Zu TOP 3.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

3.1 Mitteilungen

3.1.1

Frau **Grothaus** teilte mit, dass die Verwaltung gemeinsam mit den GSW ein neues Beleuchtungskonzept erarbeite. Nach Rücksprache mit dem zuständigen Fachdezernenten, Herrn Dr. Liedtke, soll dieses Beleuchtungskonzept im Hinblick auf Angsträume im öffentlichen Raum auch im Gleichstellungsbeirat, vermutlich in der Novembersitzung, diskutiert werden.

3.1.2

Frau **Grothaus** gab an, dass das Kompetenzzentrum Frau und Beruf für unsere Region seine Arbeit aufgenommen habe. Seit dem 15.05. sei mit Frau Anke Jauer die erste halbe Stelle besetzt. Die Besetzung der zweiten halben Stelle werde im August mit Auslaufen der Koordinierungsstelle Frau und Beruf erfolgen. Bedauerlicherweise habe die Stadt Hamm keine Möglichkeit gesehen, alle Vorgaben des Bewilligungsbescheids zu erfüllen und sei deshalb aus dem gemeinsamen Projekt ausgestiegen. Das Kompetenzzentrum sei in seiner Gesamtheit deshalb nicht gefährdet. Die Landesregierung und die Bezirksregierung seien damit einverstanden, dass Unna und Dortmund die gesamte Region abdecken. Notwendige Kooperationen für Angebote in Hamm habe die Wirtschaftsförderung Hamm bereits zugesagt.

3.1.3

Frau **Grothaus** berichtete, dass der Kreis Unna sich an einem Ausschreibungsverfahren des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für das Programm „Mehr Frauen in Führungspositionen – Regionale Bündnisse für Chancengleichheit“ beteiligt habe. Der Kreis Unna wurde gemeinsam mit neun weiteren Städten und Kreisen aus bundesweit 49 Bewerbungen ausgewählt. Aus NRW ist neben Unna die Stadt Dülmen vertreten.

Beteiligten können sich 10 Unternehmen aus dem Kreisgebiet. Das Programm soll dazu beitragen, die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit durch gezielte Anstrengungen zur Förderung der Chancengleichheit in der regionalen Wirtschaft zu steigern. Es gehe darum, sich als eine Region mit Zukunft zu präsentieren. Unter der Leitung des Landrates startet das Programm am 12. Juni 2012 mit einem Runden Tisch mit Unternehmen, Verbänden und Netzwerken. Die teilnehmenden Unternehmen werden vor Ort kostenlos und individuell von der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin „EAF“ als Projektträgerin über die gesamte Laufzeit beraten. Das Projekt läuft bis Mitte 2015 und soll mit einer Abschlussveranstaltung und Präsentation der Ergebnisse in anonymisierter Form enden. Nähere Informationen zu dem Programm gebe es unter www.regionale-buendnisse.de

3.2 Anfragen

3.2.1

Frau **Mann** erkundigte sich nach der Möglichkeit, das Kompetenzzentrum und das Programm „Mehr Frauen in Führungspositionen“ in einer der nächsten Sitzungen des Gleichstellungsbeirates vorzustellen.

Frau **Grothaus** sagte zu, diesbezüglich mit der WFG Kontakt aufzunehmen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

keine

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

entfällt

gez. Hartig
Vorsitzende

gez. Grothaus
Schriftführerin

Anlagen

Präsentation zu TOP 1